

DARIO AZZELLINI

Der globale Aufstand

Die Jahre 2011 und 2012 waren weltweit von Aufständen, Bewegungen und Protesten gegen die multiple Krise oder Vielfachkrise¹ geprägt. Weltweit wehren sich Millionen Menschen gegen die beschleunigte Umverteilung zugunsten des Kapitals und entwickeln gemeinsam neue Organisationsformen und kollektive direktdemokratische Praxen in Räumen und Territorien, die sie sich temporär aneignen. Hunderte Millionen Menschen kämpfen gegen die rasante Verschlechterung ihrer Lebensumstände oder den Entzug ihrer Lebensgrundlagen an. Für 2013 ist kein Ende, sondern im Gegenteil eine Intensivierung dieser Bewegungen abzusehen. Die Krise ist strukturell bedingt und wird sich weiter verschärfen.

„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse“, so Walter Benjamin (1991: 1232). In Kairo auf dem Tahrir-Platz riefen die Menschen „Kefaya!“ („Es reicht!“). Und auf dem Syntagma Square in Athen, Griechenland, waren Banner mit der spanischen Aufschrift „¡Ya Basta!“ („Es reicht!“) zu sehen, ein Spruch, der dem Aufstand der Zapatistas seit 1994 in Chiapas, Mexiko, entlehnt ist. In Spanien ist eine der zentralen Losungen der Massenmobilisierung „¡Democracia Real Ya!“ („Wirkliche Demokratie jetzt!“). In Russland riefen die Protestierenden „Sie repräsentieren uns nicht!“, was auf Russisch auch „Ihr könnt euch uns nicht vorstellen“ bedeutet. Ähnliche Losungen waren und sind in Italien, Portugal, in den USA, in Chile, in arabischen Ländern, in den (von den Medien

1 Es handelt sich hierbei um eine ökonomische, politische, ökologische Krise, Finanz-, Steuer-, Reproduktions- und Repräsentationskrise.

völlig ausgeblendet) Protesten in zahlreichen afrikanischen (nicht-arabischen) Staaten und weiten Teilen der Welt zu finden.

Viele der Inhalte, Formen und Praxen der „neuen“ Bewegungen – wie etwa Ablehnung der Repräsentation, direkte Demokratie, Versammlungen, Besetzungen – konnten in den vergangenen 20 Jahren massiv in Lateinamerika beobachtet werden (vgl. Azzellini/Sitrin 2012). Das bedeutet wiederum keineswegs, dass diese anderswo kopiert worden wären. Allerdings haben sie auf bereits politisierte und aktive Menschen in der restlichen Welt Einfluss ausgeübt. Ganz wesentlich sind neue politische Bewegungen aber auch ohne Vorwissen aus den spezifischen Situationen heraus entstanden. Offensichtlich sind sie Ausdruck von Bedürfnissen, die überall auftreten.

Sehen wir einmal von den undemokratischen oder gar kriegerischen Wendungen in diversen arabischen Staaten ab, die auf autoritäre Regime, Interventionen des Westens und islamistischer Gruppen zurückzuführen sind (die sich seit Jahrzehnten in einer Art Hassliebe-Beziehung zueinander verhalten und wechselnde Koalitionen eingehen), lassen sich eine Reihe gemeinsamer Merkmale der Proteste und Aufstände ausmachen. Zusammen zeichnen sie die neue Qualität der Bewegungen aus.

Facebook-Revolutionen?

Die häufig propagierte Charakterisierung der Mobilisierungen weltweit als Facebook-Revolution (Crook 2011; Naughton 2011) kann getrost als Mär abgetan werden. Durch die Nutzung von Mobiltelefonen, Internet, Twitter und Facebook sind die heutigen Bewegungen in der Lage, ganz anders zu mobilisieren und in Verbindung zu treten als in der Vergangenheit. Die neuen technologischen Werkzeuge helfen, Informationen schneller zu verbreiten und erleichtern Mobilisierung und Kommunikation. Die Kommunikationswerkzeuge haben in dieser Hinsicht sicher einen großen Dienst erwiesen. Doch eine digitale Vernetzung schafft keine Verbindlichkeit und auch keine reale soziale Beziehung. Sie kann den unmittelbaren Kontakt, das kollektive Erleben mit anderen nicht ersetzen. Zudem ist es in Ägypten oder Tunesien eine verschwindende Minderheit, die tatsächlich Zugang zu den verschiedenen sozialen Medien hat. Auch in Spanien und erst recht

in Griechenland verfügen nur sehr wenige Menschen über mobiles Internet. Die Essenz der aktuellen Bewegungen, das „Neue“ an ihnen, ist der kollektive Aufbau neuer sozialer Beziehungen, die Erschaffung neuer Räume und Territorien.

Die Akteure und die Mobilisierungen

Ein wesentliches gemeinsames Merkmal der „neuen“ Bewegungen ist, dass die Proteste nicht von „traditionellen“ Parteien, Organisationen oder Gewerkschaften initiiert wurden. Wenn überhaupt, haben sich neue Bewegungen erst im Verlauf der Proteste diesen angeschlossen. Auffällig allorts ist die hohe Beteiligung von zuvor politisch nicht aktiven Menschen an den Bewegungen und Protesten. Dennoch sollte diese Erkenntnis nicht dazu führen, die Rolle von Vorläuferbewegungen und erfahrenen Aktivistinnen zu unterschätzen. Die Bewegungen sind nicht „vom Himmel gefallen“, wie es viele Medien suggerieren. Nehmen wir Ägypten als Beispiel. In Ägypten gingen dem Aufstand vom 25. Januar 2011 gut zehn Jahre massiver Kämpfe voraus. Beginnend mit der Solidaritätsbewegung mit Palästina ab dem Jahr 2000 und gegen den Irakkrieg 2003 wurden erste Erfahrungen breiter Selbstorganisation und Protestmobilisierung gemacht. Es folgten starke Bewegungen um interne ägyptische Angelegenheiten: Justizangestellte für die Unabhängigkeit der Justiz (2005); eine wachsende unabhängige Arbeiterbewegung ab 2003, welche unter anderem Streiks und Arbeitskämpfe organisierte; Basisbewegungen wie etwa gegen die Wasserknappheit 2007 oder gegen die Butangaspreise 2010 (vgl. Ali 2012).

In Griechenland ist die Erfahrung der breiten Kämpfe und Organisationsformen nach der Ermordung des 15-jährigen Alex Grigeropoulos durch die griechische Polizei am 6. Dezember 2008 von großer Bedeutung für die Protestaktionen gewesen. Die globalisierungskritische Bewegung war in Spanien und in den USA als Vorläufer wichtig, in letzteren auch die Migrant*innenbewegung 2006. Vorangehende kollektive Protest- und Organisationserfahrungen hat es überall gegeben. Nichtsdestotrotz ist aufgrund verschiedener Aspekte der multiplen Krise (Krise des Produktions- und Reproduktionsmodells und Krise der politischen Repräsentation) auch eine ganz neue Subjektivität entstanden. In dieser Hinsicht

war die Rolle von Aktivisten mit vorangehenden Erfahrungen in den diversen Bewegungen wichtig. Erfolgreich waren Bewegungen allerdings nur, wenn Aktivistinnen nicht versuchten, den aufkeimenden Bewegungen ihre althergebrachten Praktiken und Identitäten überzustülpen, sondern ihre Erfahrung in einer Situation der Offenheit zur Verfügung stellten, um „das Neue“ mit allen gemeinsam zu entwickeln. Wo dies gelungen ist, haben sie entscheidend dazu beigetragen, Strukturen zu entwickeln, die den Bewegungen Kontinuität verliehen.

Das Scheitern der liberalen Demokratie und die Ablehnung der Repräsentation

Am 5. Oktober 2012 beginnen in ganz Italien Schülerinnen- und Studierendenproteste. Zehntausende zumeist 15- bis 17-Jährige demonstrieren in Dutzenden Städten. In Turin, Mailand, Rom und Neapel kommt es zu Knüppelinsätzen der Polizei und zu Festnahmen. Die Jugendlichen protestieren gegen die Kürzungen in der Bildung und im sozialen Bereich, gegen die Regierung und gegen die EU-Politik: „Wir zahlen die Krise nicht!“ und „Wir schaffen euch eine Krise“, lauten die wütenden Parolen. Es geht nicht nur um die Schule. Es ist eine Wut, die aus der Familie kommt. Dort ist die Krise schon länger spürbar. Die Demonstrationen sind laut, bengalische Feuer werden gezündet, Eier, Böller und Flaschen fliegen, „join the rebel side“ steht auf selbstgemalten Schildern. In Palermo werden symbolisch Wahlbenachrichtigungen verbrannt. „Sie können uns nicht repräsentieren! Niemand repräsentiert uns!“, schallt es aus der Menschenmenge. „Gegen Krise und Austerität. Holen wir uns Schule und Stadt zurück!“ Seitdem sind die Schüler und Studierenden die tragenden Säulen der Proteste in Italien, so auch am europäischen Aktionstag am 14. November und am studentischen Aktionstag am 16. November 2012. Hunderttausende sind es mittlerweile und die Polizei begegnet ihnen mit massiver Gewalt.

Italien, das zur Zeit der Fertigstellung dieses Kapitels seit einem Jahr über eine Regierung verfügt, die niemand gewählt hat und deren Regierungschef Mario Monti niemals zur Wahl, ja, nicht einmal zur Debatte stand, stellt ein extremes Beispiel antidemokratischen Wandels dar. Aber „They don't represent us“, „No

nos representan“, ist von den USA über Italien, Spanien und Griechenland bis nach Russland als prominente Losung aufgetaucht. Und es geht dabei nicht um die Ablehnung bestimmter Amtsträger, sondern um die Ablehnung der Logik der Repräsentation. Die „Interessenvertretung“ funktioniert nicht. Sie wird als undemokratisch empfunden, die Protestierenden fühlen sich nicht „repräsentiert“, vertrauen aber auch nicht mehr darauf, dass eine „Vertretung“ möglich ist. Daher lässt sich eine Rückkehr zur Politik der ersten Person beobachten, die sich in den durch die Bewegungen adaptierten Entscheidungsmechanismen und Organisationsformen widerspiegelt (dazu weiter unten mehr).

Der Vorrang der Ökonomie der Politik und dem Sozialen gegenüber und eine Politik im Dienste der Großkonzerne und Finanzinstitutionen führen die Ansprüche der Demokratie ad absurdum. Hinzu kommt die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen in supranationale und internationale Institutionen. Diese Entwicklung verstärkt die „Krise der Repräsentation“ weiter. Einerseits aufgrund des undemokratischen Charakters der Akteure (alle diese Institutionen und Gremien sind nicht von der Bevölkerung, für die sie verbindliche Entscheidungen treffen, gewählt), andererseits weil Repräsentation mit der Entfernung zu den Repräsentierten abnimmt (Hardt/Negri 2004: 301). Die meisten Menschen haben weder den Eindruck, einen Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen zu haben, noch glauben sie, dass sie gehört werden oder dass in ihrem Interesse gehandelt wird.

Ablehnung der Logik der Repräsentation und eine Rückkehr zum Protagonismus der ersten Person waren auch den meisten emanzipatorischen Bewegungen der vergangenen zwei Jahrzehnte in Lateinamerika gemeinsam. Genauso wie im Norden wurde auch im Süden von Wissenschaft, Politik und Medien lange behauptet, „Anti-Politik“ mache sich breit und die Bevölkerung gestehe der Demokratie keine grundlegende Bedeutung mehr zu. Eine Aussage, die nur getroffen werden kann, wenn gemäß der bürgerlichen Trennung in Sphären lediglich dasjenige als politisch wahrgenommen wird, was mit Institutionen, Wahlen und Parteien verknüpft ist. Das hindert einen Großteil der liberaldemokratischen Apologeten daran, überhaupt zu verstehen, was weltweit vor sich geht. Sei es die „Autonomie“ in Chiapas, das „Que

se vayan todos“ („Auf dass sie alle gehen mögen!“) in Argentinien, der Kampf der indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador oder Venezuela mit seinem radikaldemokratischen Projekt „partizipativer und protagonistischer Demokratie“: Sie alle waren und sind weder antipolitisch noch antidemokratisch, sondern gegen das als undemokratisch erlebte Prinzip der Repräsentation gerichtet. Gleiches gilt auch für die „zweite Welle“ der antirepräsentativen Proteste seit 2008.

Die „Krise der Repräsentation“ ist letztlich eine Krise des (traditionell) Politischen und der liberalen Demokratie. Die Idee der Repräsentation stellte von Beginn an das Fundament der modernen Demokratie dar – im Unterschied zur klassischen Demokratie (Latouche 2006: 12). Ganz allgemein wird mit dem Prinzip der Repräsentation das Politische als von der Gesellschaft getrennte Sphäre konstituiert. Ökonomie, Politik und Soziales werden als drei getrennte Sphären konstruiert. Das Kapital hat diese Trennung zur Grundlage und reproduziert sie ständig; der Staat reguliert die Trennungen. Das Prinzip der Repräsentation ist also ein fundamentales Element der liberalen Demokratie. Die Krise der Repräsentation ist also eine Krise des „Politischen“ im liberaldemokratischen Sinne.²

„Von der ‚Krise des Politischen‘ zu sprechen bedeutet, dass der demokratische Staat nicht mehr funktioniert, dass all seine Prinzipien und Organe sich im Gegenteil irreversibel zersetzt haben: das Prinzip der Gewaltenteilung und die Garantiertheit des Rechts, die einzelnen Gewalten jede für sich und die Grundsätze der Repräsentation, schließlich das Funktionieren von Legalität und Legitimität.“ (Negri 1998: 68)

- 2 Das Prinzip der Repräsentation kam in der Renaissance auf und gelangte in der Aufklärung zu seiner Blüte. In Wissenschaft, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur ging es darum, das Individuelle oder Partikulare unter einem es repräsentierenden „Universellen“ zusammenzufassen. Dieses wiederum erhebt den Anspruch, alle Partikularitäten zu repräsentieren. „Repräsentation“ hat zwei Bedeutungen: „Vertretung“ und „Darstellung“ (Marx). Vertretung ist aber immer auch „Darstellung“ der „Vertretenen“, ein Beitrag zur Identitätskonstruktion der vertretenen/repräsentierten Gruppe. Die „Krise der Repräsentation“ ist letztlich also eine Krise des (traditionell) „Politischen“.

Zur Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus wurde vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren viel publiziert (unter anderen Bowles/Gintis 1986 und Green 1985). Aktuell findet diese Position wieder verstärkt Eingang in Debatten, angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 und des seit fast drei Jahrzehnten immer rasanteren Abbaus von Rechten und sozialen Sicherungsmechanismen. Die Entwicklung seit den Hochzeiten keynesianistischer Politiken bestätigt deutlich, dass die Defizite liberaler Demokratien keine kontingenten Erscheinungen sind, die im Laufe der Zeit korrigiert würden. Angesichts der Defizite fällt es schwer, zu glauben, diese seien „nicht systematisch mit der bekannten Form der politischen Demokratie verbunden“ (Demirovic 2005).³ Die historische Spannung und der grundlegende Widerspruch der liberalen Demokratie als Mediation zwischen den Rechten des Kapitals und den Rechten der Menschen wurden zugunsten des Kapitals entschieden und die sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte werden wieder abgebaut. Die liberale Demokratie, einst Ort der tendenziellen Ausweitung von Rechten – wenn auch limitiert auf die Kapitalkompatibilität –, ist zum Ort der Einschränkung und bestenfalls der Verteidigung von alten Rechten geworden (Lander 2006: 103–106).

Im Zuge des Neoliberalismus wurde Demokratie seit den 1980er-Jahren im Rahmen eines Effizienzdiskurses überwiegend wieder so verstanden, wie sie wesentlich von Joseph A. Schumpeter (1950) und Karl Mannheim (1951) konzipiert wurde und sich in der Nachkriegszeit in den Kernländern der liberalen Demokratie konsolidierte (vgl. Saage 2005): „Die Demokratie ist eine politische *Methode*, das heißt: eine gewisse Art institutioneller Ordnung, um zu politischen – legislativen – und administrativen Entscheidungen zu gelangen“ (Schumpeter 1950: 384). Zentral ist dabei „durch die Eliminierung aller direktdemokratischen Elemente aus der repräsentativen Demokratie effiziente durch Wahlen legitimierte Leitungsgremien ins Leben zu rufen“ (Saage 2005).

3 Zur Kritik an der liberalen Demokratie siehe u. a. Agnoli/Brücker 1968; Macpherson 1964; 1977; Marcuse/Moore/Wolff 1966.

Die liberale Demokratie hatte demnach niemals die Intention, wirklich demokratisch zu sein. Mit Ausnahme der „unmittelbaren Demokratie“ sei es klar, so Schumpeter, dass das „Volk als solches niemals tatsächlich herrschen oder regieren kann“ (Schumpeter 1950: 390 f.). Demokratie bedeutet nicht und kann auch nicht bedeuten, „dass das Volk tatsächlich herrscht, jedenfalls nicht im üblichen Sinn der Begriffe ‚Volk‘ und ‚herrschen‘. Demokratie bedeutet nur, dass das Volk die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder abzulehnen“ (Schumpeter 1950: 452).

Partizipation hat also laut den „Vätern“ der modernen liberalen Demokratie nichts mit Demokratie zu tun:

„Die Wähler außerhalb des Parlaments müssen die Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern respektieren. Sie dürfen diesen zwischen den Wahlen nicht allzu leicht das Vertrauen entziehen und müssen einsehen, dass wenn sie einmal jemanden gewählt haben, die politische Tätigkeit seine Sache ist und nicht die ihre.“ (Schumpeter 1950: 468).

Der politikwissenschaftliche Mainstream formuliert sogar eines der ursprünglich zentralen Gedanken der Demokratie-Idee hinweg: Die Volkssouveränität. Diese sei weder ein ausreichender noch ein notwendiger Bestandteil der Demokratie (Coppedge 2002: 6). Dafür wird eine Verschmelzung von Kapitalismus und Demokratie (gemeint ist liberale Demokratie, die jedoch von ihren Apologeten als einzig mögliche Demokratieform angesehen und daher meist verallgemeinert wird) postuliert. Eine solche wurde schon von Elitendemokratie-Theoretikern wie Robert A. Dahl (1971) behauptet und schließlich von neoliberalen Propagandisten wie Francis Fukuyama (1992) auf die Spitze getrieben. Fukuyama erklärte sogar das Ende der Geschichte, da die liberale Demokratie durch stetige Wandlung zu einer Form geworden sei, welche die sozialen Verhältnisse in die kapitalistischen integriere, sodass es keine historische Alternative zu ihr gäbe.

Derartige Positionen müssen sich den Vorwurf der Geschichtslosigkeit gefallen lassen, denn Liberalismus und Demokratie befanden sich über mindestens anderthalb Jahrhunderte

im Konflikt und kamen begrifflich erst in der liberalen Demokratie zusammen, als die Demokratie von der Frage der sozialen Ungleichheit abgekoppelt wurde (Figueroa Ibarra 2006: 18). Die liberale Demokratie in ihrer fragwürdigen Ausformung wurde dann aber zum politischen Ausdruck des neu aufkommenden Produktionsmodells und der Marktgesellschaft. Die bürgerlichen Freiheiten und Rechte, die im Rahmen liberaldemokratischer Regime in unterschiedlichem Ausmaß bestehen und häufig als Argument für die liberale Demokratie angeführt werden, sind keineswegs immanenter Bestandteil derselben. Sie wurden erst nach der Durchsetzung des neuen Produktionsmodells und nachdem sich die Bourgeoisie ihrer Macht sicher wähnte, ab dem 19. Jahrhundert in sozialen Auseinandersetzungen erkämpft (Demirovic 2005; Lander 2006: 101).

Während die Diskussion um das Scheitern der liberalen Demokratie mittlerweile auch das Feuilleton der stramm rechten *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erreicht hat, tendieren die vermeintlichen Demokratien immer mehr dahin, sogar auf den (liberal-)demokratischen Anschein zu verzichten. Mache zu Beginn der Krise 2008 in Finanzkreisen die sarkastische Bemerkung „Was braucht Griechenland? Eine Militärdiktatur!“ die Runde, dauerte es nicht lange, bis das Regieren einer nicht gewählten Regierung in Griechenland zur Wahrheit wurde; Italien folgte kurze Zeit später. Würde nun z. B. in Lateinamerika eine nichtgewählte Regierung von Technokraten und Unternehmensvertreterinnen ein Jahr lang regieren und nicht einmal einen Wahltermin ankündigen oder wie Italien die Armee für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen patrouillieren oder wie in Deutschland sich vom Obersten Gerichtshof die Möglichkeit von Armeeeinsätzen im Innern bestätigen lassen, könnte man sich die Schlagzeilen der europäischen Presse dazu leicht ausmachen. In Europa wird aber selbst der Verzicht von Regierungen auf eine demokratische Legitimation nur noch mit Achselzucken zur Kenntnis genommen.

Staat oder Regierung sind nicht mehr der primäre Bezugspunkt

War vor allem in Europa (wo die meisten Staaten im 20. Jahrhundert als de facto Klassenkompromiss entstanden) die traditionelle politische Kultur davon geprägt, Forderungen an den Staat zu richten und im Konfliktfall große Mobilisierungen zu organisieren und nach der Kraftdemonstration auf die Reaktion des Staates zu warten, zeugen die Proteste seit 2011 davon, wie diese Erwartung oder Hoffnung zunehmend verschwindet und kein zentrales Element mehr darstellt. Dies drückt sich darin aus, dass sich die Massenmobilisierungen kaum noch wie zuvor gegen spezifische Ereignisse oder politische Gipfeltreffen richten, sondern allgemein gegen die unerträglichen Zustände. Oft zielen sie darauf ab, Räume für das Erproben eigener Praxen zu erobern oder Tatsachen zu schaffen, auf die „der Staat“ dann reagiert. So konzentrieren sich die Proteste gegen Zwangsräumungen von Wohnungen auf die Verteidigung der bedrohten Häuser vor der Räumung und nicht etwa auf die Forderung nach einem Räumungsstopp.

Forderungen werden zwar meist nach wie vor aufgestellt, aber nicht in der Erwartung, dass sie von der Gegenseite absehbar erfüllt werden – so es nicht gelingt, die Gegenseite dazu zu zwingen. Die Forderungen dienen primär der eigenen Klarheit der Bewegungen darüber, welche Art von Gesellschaft gewünscht wird. Die angestrebten Veränderungen sind keine Verhandlungsmasse, sie sind Bedingungen. Folglich gibt es auch nur noch in seltenen Fällen ein Interesse an einem „Dialog“ mit Institutionen oder Politik. Am 12. November demonstrierten tausende Studierende und Arbeitslose zum Anlass des „Lehrlingsgipfels“ in Neapel. Mit der Unterstützung Deutschlands wird auch in Italien ein weiterer Niedriglohnsektor durch die offizielle Einführung einer Ausbildungszeit in bestimmten Berufen formalisiert. Auf dem Gipfel war auch die deutsche Arbeitsministerin Ursula von der Leyen anwesend. Die Proteste richteten sich gegen die Krisenpolitik, die Regierung Monti, die deutsche Regierung, die Kürzungen und die neue Lehrberufsregelung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Stefano Caldoro, der Gouverneur der Region Kampanien, bot sich zum Gespräch mit den Protestierenden an. Er sei ein Mann des Dialogs, so Caldoro. Doch die Protestierenden teilten mit, sie hätten kein Interesse daran, ihn zu

treffen. Auch die italienische Arbeitsministerin Elsa Fonerò (Ökonomin, Beraterin der Weltbank und des italienischen Industriellenverbandes) musste erstaunt feststellen: „Mir wurde mitgeteilt, sie seien nicht daran interessiert, mich zu treffen.“

Praxen direkter Demokratie und Schaffung von sozialen Räumen

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die Abhaltung von Versammlungen und vieler Aktivitäten im öffentlichen Raum. Öffentliche Räume sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv reduziert und verändert worden. Das Bedürfnis nach öffentlichen Räumen für den Austausch, die Diskussion und den konkreten Aufbau von alternativen sozialen Beziehungen führt dazu, dass Raum kollektiv genommen oder besetzt wird, da er ansonsten nicht zur Verfügung steht. Im bestehenden öffentlichen Raum herrschen Verbote (in New York beispielsweise dürfen Gruppen in Parks nicht aus mehr als 25 Personen bestehen) und Konsumzwang vor. In den Räumen oder Territorien die über längere Zeit besetzt werden, organisieren die Beteiligten eigene Mechanismen der internen Konfliktlösung wie die „Mediationsgruppe“ in Occupy Wall Street, die „Respekt-Kommission“ in Spanien oder die „Sicherheits-Teams“ in Ägypten und Griechenland.

Schauen wir zurück auf den Tahrir-Platz in Kairo, den Syntagma-Platz in Athen, in den Zuccotti Park in New York oder auf die Puerta del Sol in Madrid, die sinnbildlich für tausende andere Bewegungen stehen, so ähneln sich die Besetzungen in der Nutzung und Bereitstellung des Raums. Wir finden die kostenlose Bereitstellung von Basisgesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bibliotheken, Essen, Medien, Rechtsbeistand, Kunst und Kultur.

In Ablehnung der Logik der Repräsentation und der liberalen Demokratie ist in den neuen Bewegungen das Prinzip der direkten Demokratie und Partizipation prägend. Entscheidungen werden in Versammlungen getroffen. Den Entscheidungen gehen Diskussionen voraus, in denen alle Meinungen gehört werden. Und die Entscheidungen werden nicht mit einfachen Mehrheiten getroffen. Es wird auf einen Konsens hingearbeitet, wobei nahezu immer Mechanismen wie Sperrminoritäten oder 80- bis 90-prozentige Mehrheiten eingeführt werden sowie Mediationsmechanismen, um stufenweise zu kollektiven Entscheidungen zu

gelangen. Es werden Arbeitsgruppen eingerichtet und Sprecherinnen ohne Entscheidungsbefugnis aufgestellt und alle wichtigen Entscheidungen werden in demokratischen Versammlungen getroffen.

Die in den eroberten Räumen geschaffenen Formen der Organisierung und die neuen sozialen Beziehungen verweisen alle auf direkte Demokratie. Sie sind nie gleich und entsprechen stets den Bedürfnissen und Kapazitäten der einzelnen Kontexte, dennoch sind sie sich so ähnlich, dass sie als ein globales Phänomen angesehen werden müssen. Und nicht nur die Formen der Organisierung und Entscheidungsfindung der neuen Bewegungen ähneln sich, auch viele Begriffe, die neu entstehenden sozialen Beziehungen zu beschreiben, korrespondieren. Auf Englisch, Spanisch, Arabisch, Griechisch und zunehmend auch auf Deutsch wird zum Beispiel der Begriff „horizontal“ verwendet.

Der Platz ist nicht die Bewegung

Zu beobachten ist auch, wie allen Bewegungen nach einer Zeit der Besetzung eines zentralen öffentlichen Raums ein Prozess der Reterritorialisierung gemeinsam ist. Im Zentrum des Begehrens der Bewegungen steht ja nicht die Transformation eines besetzten Platzes, sondern der Gesellschaft als Ganzes. Die Plätze stellen eine Art Ausgangspunkt dar, einen Ort der breiten kollektiven Klärung und der „Jetztzeit“, um mit Walter Benjamin zu sprechen: ein Einfall der messianischen Zeit in das Kontinuum, also die konkrete Vorwegnahme von Elementen der anzustrebenden klassenlosen Gesellschaft, die eine Ahnung davon geben, was diese sein kann; eine Zeit der Vorwegnahme und der Verdichtung von Möglichkeiten und Gefahren für die Emanzipation (Benjamin 1965: 90). Ausgehend von den Plätzen setzen sich die Bewegungen in Stadtteilen, Schulen, Universitäten oder Arbeitsstellen fort. Demokratische Selbstorganisationsformen territorialer Art entstehen oder erfahren eine Stärkung, die direkt mit der Wiedererlangung der Kontrolle über das eigene Leben verknüpft sind. Der jeweilige Fokus, die spezifischen Organisations- und Kampfformen variieren von Kontext zu Kontext, doch überall geht es primär um die Verteidigung des Rechts auf einen Zugang zu grundlegenden Ressourcen: Haus, Wasser, Gas, Strom

und Gesundheitsversorgung. In den USA und Spanien werden Zwangsräumungen verhindert, in Griechenland organisieren sich Stadtteilversammlungen, um das Unterbrechen der Stromversorgung zu verhindern oder rückgängig zu machen. Das Prinzip in allen Kämpfen ist die Erfüllung der Bedürfnisse allem voranzustellen und als ein kollektives Recht zu verstehen. Die Grundlage der Kämpfe sind Selbstorganisation und Solidarität, ihre Matrix die partizipativen demokratischen Prozesse.

Strohfeuer oder weitreichender Bruch des Kontinuums

Nachdem die Plätze von der Polizei geräumt worden waren, wurde die Bewegung der Plätze, in Spanien Movimiento 15-M genannt, in der Öffentlichkeit für tot erklärt und gleich noch angeklagt, den Wahlsieg der Partido Popular befördert zu haben. Als sich im September 2012 der Beginn der Occupy-Bewegung in den USA jährte, besagten zahlreichen Analysen, Occupy sei ein Strohfeuer gewesen, von dem nach einem Jahr nicht viel übrig geblieben sei. Derartige Positionen zeugen nicht nur von einer völligen Unkenntnis der Kämpfe und Organisationsprozesse auf dem Territorium, sie verkennen auch die Tragweite und Dynamiken der Bewegungen sowie den historischen Kontext.

Wer die bewegten Plätze der Welt gesehen hat, weiß von der einmaligen Vielfalt der protestierenden Subjektivitäten. In Spanien rückt nicht nur 15-M im September mit Initiativen zur Einkreisung des Parlaments wieder in das öffentliche Bewusstsein, im ganzen Land formen sich hunderte von Stadtteilversammlungen, die Bewegung gegen Zwangsräumungen erfährt durch 15-M eine enorme Stärkung und insgesamt entsteht so eine breite Protestbewegung, in der 15-M jenen Teil darstellt, der die gesamte Bewegung hinsichtlich der direktdemokratischen Mechanismen und der Form der direkten Aktion beeinflusst hat. Die aus meist gewerkschaftlich organisierten Rentnern bestehende Gruppe der Yayoflautas beispielsweise besetzt in der Regel Banken aus Protest gegen die Krisenfolgen. Im Juni 2012 besetzten 100 Yayoflautas, bekleidet mit ihren gelben Warnwesten, Filialen der Deutschen Bank und das Deutsche Konsulat in Barcelona, um gegen Bankenrettungen und die EU-Politik zu demonstrieren. Auf ihren Schildern war unter anderem „Wir alle sind Griechenland“ zu lesen.

In den USA sind unzählige Kämpfe dadurch gestärkt worden und neu entstanden, neben den bereits genannten kommt es zu Mietstreiks und einer Vernetzung gegen die Rückzahlung von Privatschulden (vor allem für Studierende und Graduierte da eine Absolventin in der Regel mit 100.000 bis 150.000 US-Dollar verschuldet ist). Nach wie vor werden in Hunderten von Städten, Stadtteilen und Dörfern Versammlungen abgehalten, auf denen kollektive Angelegenheiten diskutiert werden. Und nach dem verheerenden Sturm Sandy war Occupy plötzlich wieder da und für alle wieder sichtbar. Als sich Menschen in Teilen von New York und New Jersey ohne Wasser und Strom wiederfanden, überschwemmt und ohne öffentlichen Nahverkehr, konstituierte sich sofort ein Occupy Sandy Relief Netzwerk. Es war nicht nur die erste Nothilfestruktur, es ist auch nach über einem Monat immer noch die größte und effektivste Hilfsstruktur. Mitte November waren über 20.000 Personen für feste Schichten in Occupy Sandy Relief registriert, tausende weitere halfen unregelmäßig oder durchgehend. In zahlreichen Zentren – teils Kirchen, teils andere Gebäude – wurden täglich tausende warme Mahlzeiten gekocht und kostenlos ausgegeben, ebenso frische und haltbare Lebensmittel, Trinkwasser, Kleidung, Decken und auch Ausweichwohnorte für Überschwemmungs- oder Brandopfer wurden hier koordiniert. Die staatliche Katastrophenhilfe FEMA (Federal Emergency Management Agency) kam erst Tage später und verteilte in von der Nationalgarde geschützten militarisierten Camps dehydrierte Militärmahlzeiten. Zur Essenszeit begaben sich selbst einige der FEMA-Angehörigen zu Occupy, um dort in den Genuss einer warmen Mahlzeit zu kommen.

In der deutschsprachigen Presse werden die Proteste weitgehend heruntergespielt oder ignoriert. Nicht einmal der europäische Aktionstag gegen Austerität am 14. November war besonderer Aufmerksamkeit wert, obwohl Streiks und Demonstrationen in ganz Europa, sogar in Osteuropa erfolgten. In Spanien, Griechenland, Portugal und Italien hatten die Proteste große Ausmaße, während es in Belgien, Frankreich, Zypern und Malta zumindest zu merklichen Störungen des Alltags kam. Die Kämpfe und Proteste verstehen sich zunehmend als global und stehen stärker als je zuvor in Beziehung zueinander, korrespondieren in ihren Formen.

Tatsächlich stehen sie auch in direkter Verbindung. So schauen die Bewegungen aus Griechenland nicht nur auf die Erfahrungen in Argentinien, sondern es waren im September auch Arbeiter aus besetzten Fabriken in Argentinien zu Besuch bei Fabrikbesetzerinnen in Griechenland. Der Austausch zwischen vielen Plätzen und Protesten ist kontinuierlich. Darüber hinaus ist auch eine globale Dynamik entstanden. Ähnlich wie im Jahr 1968 werden Länder und Bewegungen von den Ereignissen, Stimmungen und Kampfformen anderer Situationen erfasst.

Tatsächlich deutet mehr darauf hin, dass wir vor einem Bruch stehen, der weitreichender sein wird als 1968, als dass es sich um vorübergehendes Strohfeuer handelte. Partizipation, Selbstorganisation und Demokratie sind zum Prinzip geworden. Anders als in den 1960er- und 1970er-Jahren hat der Kapitalismus aber keine Spielräume um mit Zugeständnissen bezüglich Partizipation, sozialer Absicherung, Lohnerhöhung und Erweiterung individueller und kollektiver Rechte die Bewegungen zu befrieden. Ganz im Gegenteil. Und im Gegensatz zum stark kulturell geprägten und vor allem eine bestimmte Generation betreffenden Bruch in den 1968er-Jahren ist der aktuelle Bruch ein wesentlich ökonomischer, der die große Mehrheit der Weltbevölkerung betrifft, auch in den Industriestaaten.

Literatur

- Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1968): *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Ali, Khalid (2012): „Precursors of the Egyptian Revolution“, in: *IDS Bulletin, The Pulse of Egypt's Revolt*, 43, S. 16–25.
- Azzellini, Dario (2010a): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*, Hamburg: VSA.
- Azzellini, Dario (2010b), *Constituent Power in Motion: Ten Years of Transformation in Venezuela*, in: *Socialism and Democracy*, Bd. 24, 2, S. 8–30.
- Azzellini, Dario/Ressler, Oliver (2010) *Comuna en construcción*, Film, Caracas/Berlin/Wien, 94 Min.
- Azzellini, Dario/Sitrin, Marina (2012): *Occupying Language*, New York: Zucotti Park Press.
- Benjamin, Walter (1991): *Gesammelte Schriften*, Bd. I/3, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 690–708.

- Benjamin, Walter (1965): „Geschichtsphilosophische Thesen“, in: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort versehen v. Herbert Marcuse, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 78–94.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1986): *Democracy and Capitalism*, London: Routledge and Kegan Paul.
- Crook, Eunice (2011): „Tunisia: The facebook revolution“, in: The British Council Voices, <http://blog.britishcouncil.org/2011/02/11/tunisia-the-facebook-revolution>, abgerufen am 11. 02. 2011.
- Coppedge, Michael (2002): „Venezuela: Popular Sovereignty versus Liberal Democracy“, in: Kellogg Institute Working Paper Nr. 294, Yale: Kellogg Institute.
- Dahl, Robert Alan (1971): *Polyarchy, Participation and Opposition*, New Haven; London: Yale University Press.
- Demirovic, Alex (2005): „Ein langanhaltender Prozess“, in: *Fantomâs – Magazin für linke Debatte und Praxis*, Nr. 8.
- Figueroa Ibarra, Carlos (2006): „Partidos y poder político en América Latina: el contexto de su desprestigio“, in: Florencia Correas, Ibarra Figueroa, Carlos Hernández, Pedro Ornelas (Hg.): *Poder político y sociedad. Diez ensayos aproximativos*, México D. F.: Plaza y Valdés, S. 15–36.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München: Kindler.
- Green, Philip (1985): *Retrieving Democracy*, London: Methuen.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt/Main: Campus.
- Lander, Edgardo (2006): „La democracia liberal y las guerras culturales“, in: José María Cadenas (Hg.) *Debate sobre la democracia en América*, Caracas: UCV/Vicerectorado Académico/cea, S. 99–108.
- Latouche R., Miguel Ángel (2006): „Los dilemas de la representación. Hacia una revisión de la crisis del sistema político venezolano contemporáneo“, in: *Revista Venezolana de Análisis de Coyuntura*, Bd. XII, 2, Caracas: UCV, S. 11–27.
- Lummis, C. Douglas (1996): *Radical Democracy*, Ithaca; London: Cornell University Press.
- Macpherson, Crawford Brough (1964): *The Real World Democracy*, Toronto: C.B.C.
- Macpherson, Crawford Brough (1977): *The Life and Times of Liberal Democracy*, Oxford: Oxford University Press.
- Mannheim, Karl (1951): *Freedom, power and democratic planning*, London: Routledge.
- Marcuse, Herbert/Moore, Barrington/Wolff, Robert Paul (1966): *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- Monedero, Juan Carlos (2007): „En donde está el peligro ... La crisis de la representación y la construcción de alternativas en América“, in: *Cuadernos del Cendes*, Bd. 24, 64, Caracas: UCV, S. 1–21.

- Naughton, John (2011): „Yet another Facebook revolution: why are we so surprised?“, in: *The Observer*, 23. 01. 2011.
- Negri, Antonio (1998): „Repubblica Costituente. Umriss einer konstituierenden Macht“, in: Maurizio Lazzarato, Toni Negri, Paolo Virno (1998), *Umherschweifende Produzenten*, Berlin: ID Verlag, S. 67–81.
- Saage, Richard (2005): *Demokratietheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern: Francke.